

Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung

Serge Embacher „Einstellungen zur Demokratie“

Einführung	1
1 – Wahlbeteiligung als Indikator für Demokratiedistanz.....	3
2 – Soziale Lage und Einstellungen zur Demokratie.....	6
3 – Wählertypen und Wahlverhalten heute	13
4 – Andere Studien zu Demokratieeinstellungen	17
5 – Abkopplung der gesellschaftlichen Eliten vom demokratischen Konsens?.....	19
Literatur.....	22

Einführung

Die Einstellungen der Deutschen zur Demokratie sind zwiespältig geworden. Einerseits existiert ein weitgehender Konsens über die Demokratie als Gesellschaftsform und kulturell verankerte Lebensweise. Andererseits herrscht eine wachsende Skepsis gegenüber der „real existierenden Demokratie“. Während demokratische Grundprinzipien wie Mehrheitsregel, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie die damit verbundenen demokratischen Tugenden wie Toleranz, Fairness, Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit unangefochten von der überwiegenden Mehrheit der Menschen akzeptiert und als selbstverständlich bzw. alternativlos betrachtet werden, gerät die offizielle Politik der Regierungen, Parlamente und Parteien zunehmend in Misskredit. Das geht mittlerweile so weit, dass man von einer ausgeprägten Demokratiedistanz bei einem relativ großen Teil der Bevölkerung in dem Sinne sprechen kann, dass man den in allgemeinen Wahlen demokratisch legitimierten Institutionen und vor allem Personen nicht länger zutraut, die anstehenden gesellschaftlichen Probleme und Herausforderungen zu bewältigen.

Demokratische Politik wird zunehmend eher mit Machterhalt und Privilegienherrschaft assoziiert als mit dem normativ orientierten Ringen um demokratische Mehrheiten bzw. mit demokratischer Meinungs- und Willensbildung. „Die Politiker“ oder auch „die politische Klasse“ werden – wenngleich es zu diesen Attributionen in Wirklichkeit kein identifizierbares Makrosubjekt gibt – mit Skepsis und Misstrauen betrachtet. Politik gilt per se als

vertrauensunwürdig. Zu dieser Beobachtung passt die in den letzten Jahrzehnten stetig sinkende Beteiligung an Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Wer für sich zu der Überzeugung gelangt ist, dass die Ergebnisse von demokratischen Wahlen keine nennenswerten Auswirkungen auf die tatsächliche Politik haben, dem erschließt sich auch der Sinn des Gangs zum Wahllokal nicht mehr. Es scheint zu einer tiefgreifenden Entfremdung zwischen der alltäglichen Lebenswelt als der im eigentlichen Sinne politischen Sphäre der Gesellschaft und der bisweilen hochabstrakten und scheinbar eigenen Gesetzmäßigkeiten folgenden professionellen Politik in Regierung und Parlamenten gekommen zu sein.

Diese Situation hat ohne Zweifel viele Ursachen, von denen sich mindestens zwei relativ klar benennen lassen. Zum einen geht es dabei um einen bestimmten Stil von Politik (a), zum anderen um den empirisch relevanten Zusammenhang zwischen der sozialen Lage in der Gesellschaft und den Einstellungen zur Demokratie (b).

Die These zu (a) lautet, dass es mittlerweile eine signifikante Diskrepanz zwischen den Partizipationsbedürfnissen von aufgeklärten Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern einerseits und der in den Köpfen der professionellen Akteure nach wie vor tief verwurzelten Kultur des „Durchregierens“ und des „Top-down-Managements“ gibt. Parlamentsmehrheiten und Bevölkerungsmehrheiten sind häufig nicht mehr kongruent, womit für die auf Repräsentation von Mehrheiten ausgerichtete parlamentarische Demokratie ein Grundproblem verbunden ist. Wenn die Mehrheiten im Parlament signifikant häufig gegen die Mehrheit der Bevölkerung agieren, erzeugt das auf Dauer unausweichliche Legitimationsprobleme. In den letzten Jahren gab es vermehrt wichtige Fragen, bei denen die Mehrheit im Deutschen Bundestag gegen breite Bevölkerungsmehrheiten entschieden hat. Das gilt für den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr ebenso wie für die Hartz-Gesetze, den Börsengang der Deutschen Bahn oder die Rente mit 67. Die jüngst im Bundestag beschlossene Aufkündigung des sogenannten Atomkonsenses ist ein weiteres Glied in dieser Kette. Das Muster ist immer dasselbe: Die politischen Akteure rechtfertigen ihre Entscheidungen mit einem irgendwie höherstufigen Rationalitätsanspruch, getreu dem Motto: „Wir sind durch Wahlen legitimiert und entscheiden, was für das Gemeinwohl notwendig und alternativlos ist.“ Unabhängig davon, wie plausibel eine solche Haltung sein mag, unabhängig davon, inwiefern sie möglicherweise doch Ausdruck eines elitären Dünkels gegenüber dem „Plebs“ ist – problematisch daran ist auf jeden Fall die mit dieser Kultur des Entscheidens „von oben“ und gegen breite Bevölkerungsmehrheiten verbundene Frustration des politischen Interesses. An Ereignissen wie den Protesten gegen den neuen Stuttgarter Hauptbahnhof kann man erkennen, wie stark die viel zitierte „Bürgerwut“ sich mittlerweile aufgestaut hat.

Die These zu (b) lautet, dass die zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft der Demokratie auf massive Weise zusetzt. Soziale Gerechtigkeit wird in Deutschland allgemein als fester Bestandteil der Demokratie betrachtet. Da aber viele Menschen angesichts der massiven Verwerfungen im deutschen Modell des Wohlfahrtsstaates soziale Gerechtigkeit in Deutschland im Schwinden begriffen sehen, verlieren sie auch das Vertrauen in die Demokratie, die sie nicht als Wert an sich, sondern wesentlich als Instanz der Garantie sozialer Sicherheit und materieller Prosperität betrachten. Man könnte auch anders formulieren, dass das Vertrauen in die Demokratie von sozialen Voraussetzungen abhängt, die viele Menschen als derzeit nicht oder immer weniger gegeben ansehen. Bei vielen Menschen hat sich offensichtlich eine tief sitzende Skepsis gegenüber der sozialen Entwicklung der Gesellschaft und den damit verbundenen Sozialstaatsreformen der letzten Jahre breitgemacht.¹ Diese Skepsis erstreckt sich auch auf den Zustand der „real existierenden Demokratie“, mittels derer die Reformen in der Arbeitsmarkt- und Sozialstaatspolitik ja bewerkstelligt wurden.

Vor dem Hintergrund dieser beiden Thesen (Erosion des Vertrauens in eine „Politik von oben“ einerseits, soziale Verwerfungen als Ursache für Demokratieverdruss andererseits) werden im Folgenden in der gebotenen Kürze einige Beobachtungen zu den Einstellungen zur Demokratie in Deutschland zusammengetragen und pointiert. Einer kursorischen Betrachtung von Wahlbeteiligungsquoten auf Europa-, Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene (1) folgt eine etwas genauere Betrachtung der Einstellungen zur Demokratie in Deutschland (2). Dieser Komplex lässt sich bis zu Wählertypen und konkretem Wahlverhalten verfolgen (3) und im Wesentlichen auch durch andere einschlägige Studien bestätigen (4). Abschließend gilt ein Blick den Einstellungen sogenannter gesellschaftlicher Eliten zur Demokratie (5). Hier zeigt sich Demokratiedistanz weniger im Fernbleiben von den Wahllokalen als vielmehr in einer „inneren“ Aufkündigung jahrzehntelang konsentierter Auffassungen vom demokratischen Gemeinwesen.

1 – Wahlbeteiligung als Indikator für Demokratiedistanz

Ein wichtiger Indikator für Einstellungen zur „real existierenden Demokratie“ ist zweifelsohne die Wahlbeteiligung. Die folgende exemplarische Aufstellung zeigt die Trends der letzten Jahrzehnte. Diese Trends müssten freilich erst der Ausgangspunkt für eine differenzierte Analyse sein, die an dieser Stelle nicht geleistet werden kann. Sie sollen hier lediglich illustrieren, dass es vor allem in den letzten zehn Jahren teils massive Einbrüche bei den Wahlbeteiligungsquoten gegeben hat:

¹ Zu diesen beiden zentralen Analysefeldern, der sozialen Lage in Deutschland einerseits und der über viele Jahre neoliberalen Dominanz andererseits, vgl. die aktuellen und sehr aufschlussreichen Studien von Geißler und Nullmeier (Geißler 2010; Nullmeier 2010).

Wahlen zum Europäischen Parlament (nur Deutschland)²

1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009
65,7	56,8	62,3	60,0	45,2	43,0	43,3

(Angaben in Prozent)

Europawahlen haben sich noch nie besonderer Beliebtheit erfreut. Die Beteiligungsquoten lagen von Anfang an relativ niedrig. Das mag teils an der Abstraktheit der „föderalen Ebene“ Europa liegen, dürfte aber vor allem der tief verwurzelten Skepsis gegenüber der nur indirekt demokratisch legitimierten Brüsseler Bürokratie geschuldet sein. Die demokratiepolitisch problematische Art und Weise, wie der Vertrag von Lissabon ratifiziert wurde, hat die Europa-Skepsis weiter vergrößert, obwohl die Rechte des europäischen Parlaments mit dem Vertrag eindeutig gestärkt wurden. Von den oben skizzierten Thesen ist hier vor allem (a) relevant: Die Bürgerinnen und Bürger in den meisten Staaten der EU fühlen sich eben nicht als europäischer Souverän, sondern sehen in der Union eher einen Top-down-Apparat, der an der Souveränität der Nationalstaaten nagt.

Bundestagswahlen

1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998	2002	2005	2009
78,5	86,0	87,8	87,7	86,8	86,7	91,1	90,7	88,6	89,1	84,3	77,8	79,0	82,2	79,1	77,7	70,8

(Angaben in Prozent)

Anhand der Wahlbeteiligungsquote bei Bundestagswahlen kann man den Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in den Sozialstaat und den Einstellungen zur Demokratie besonders gut erkennen. Während in den Gründerjahren der Bundesrepublik die Wahlbeteiligung relativ niedrig war und die Deutschen nach den mental verheerenden Jahren des Naziregimes nur mäßige Begeisterung für die parlamentarische Demokratie zeigten, änderte sich die Lage mit dem wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands und dem damit verbundenen Aufblühen des Wohlfahrtsstaates grundlegend. Seit den 1950er Jahren lag die Wahlbeteiligung immer weit über 80 %, 1971 sogar bei 91,1 %. Erst in den 1980er Jahren – im Zuge von Wirtschaftskrisen und der sukzessiven Ablösung des wohlfahrtsstaatlichen Paradigmas durch das heraufziehende und in der Folge dominante neoliberale Dispositiv – begann die Wahlbeteiligung kontinuierlich zu sinken und befindet sich seitdem (mit Ausnahmen) im Sinkflug. Der Zusammenhang von

² Die Zahlen stammen vom deutschen Informationsbüro des Europäischen Parlaments (online unter <http://www.europarl.de/view/de/Europawahl/Wahlergebnisse/Wahlbeteiligung-EU.html>; 20.12.2010).

sozialer Sicherheit und Vertrauen in die parlamentarische Demokratie tritt hier deutlich zu Tage (These b), auch wenn es natürlich zahlreiche weitere Einflussfaktoren gibt.

Landtags- und Kommunalwahlen

Am Beispiel einiger Landtags- und Kommunalwahlergebnisse kann man sehen, dass der Megatrend zu stetig sinkender Wahlbeteiligung vor allem in den letzten zehn Jahren flächendeckend ist und daher allen Anlass zu demokratiepolitischer Sorge bietet. Die Situation in den neuen Bundesländern müsste in einer eigenständigen Untersuchung eigens interpretiert werden. Jedenfalls war von der demokratischen Euphorie nach dem Zusammenbruch des DDR-Regimes schon sehr bald nichts mehr übrig.³

Nordrhein-Westfalen

1947	1950	1954	1958	1962	1966	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2010
67,3	72,2	72,6	76,6	73,4	76,5	73,5	86,1	80,1	75,2	71,8	64,1	56,7	63,0	59,3

(Angaben in Prozent)

Bayern

1946	1950	1954	1958	1962	1966	1970	1974	1978	1982	1986	1990	1994	1998	2003	2008
75,7	79,9	82,4	76,6	76,5	80,6	79,5	77,7	76,6	78,0	70,1	65,9	67,8	69,8	57,1	57,9

(Angaben in Prozent)

Sachsen-Anhalt⁴

1990	1994	1998	2002	2006
65,1	54,8	71,5	56,5	44,4

(Angaben in Prozent)

³ Für einige Interpretationsansätze vgl. Embacher 2009: 103–108.

⁴ Quelle: Der Landeswahlleiter Sachsen (online unter <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt06/fms/fms21112.html>; 20.12.2010).

Mecklenburg-Vorpommern⁵

1990	1994	1998	2002	2006
64,8	72,9	79,4	70,6	59,1

(Angaben in Prozent)

Kommunalwahlen Nordrhein-Westfalen⁶

1946	1948	1952	1956	1961	1964	1969	1975	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009
74,4	69,0	76,0	76,9	78,2	76,2	68,6	86,4	69,9	65,8	65,6	81,7	55,0	54,4	52,2

(Angaben in Prozent)

Im internationalen Vergleich steht Deutschland noch relativ gut dar. So beteiligen sich etwa an den Präsidentschaftswahlen in den USA in der Regel viel weniger Wahlberechtigte als hierzulande an Bundestagswahlen.⁷ Ähnlich sieht es in Ländern wie Großbritannien und Frankreich aus. Doch lässt sich die Situation nicht ohne Weiteres vergleichen. Deutschland ist aufgrund seiner historischen Erfahrungen besonders sensibilisiert für Demokratieeverdruss und Wahlabstinenz. Und die bisweilen geäußerte These, dass niedrige Wahlbeteiligungen ein Zeichen für allgemeine Zufriedenheit mit den politischen Zuständen seien, ist angesichts der grassierenden Politikerverachtung und der größer werdenden Skepsis gegenüber politischen Großprojekten und Reformen äußerst unplausibel.

2 – Soziale Lage und Einstellungen zur Demokratie⁸

Um die heute oft skeptischen Einstellungen zur Demokratie verständlich zu machen, bedarf es eines Blicks auf die Sozialstaatsreformen der „Agenda 2010“ bzw. die Meinungen dazu. Der Agenda-Reformprozess hat offensichtlich gravierende Effekte auf die Einstellungen zu Politik und Demokratie gezeitigt – vereinen sich doch hier auf frappante Weise die oben unter (a) und (b) diskutierten Phänomene: Das Reformpaket wurde in klassischer Top-down-Manier ohne breit angelegte Beteiligung durchgesetzt (a) und steht zudem für eine Verschärfung der sozialen Differenzen und Verwerfungen in Deutschland (b). Nicht nur werden die Agenda-Reformen von der Mehrheit der Deutschen bis heute skeptisch beurteilt oder gar abgelehnt. Vielmehr zeigt sich eine Korrelation zwischen der individuellen Betroffenheit von den Sozialstaatsreformen und der

⁵ Quelle: Der Landeswahlleiter Mecklenburg-Vorpommern (online unter http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/start/_Landeswahlleiter/Landeswahlleiter/landtagswahlen/index.jsp; 20.12.2010).

⁶ Quelle: Die Landeswahlleiterin Nordrhein-Westfalen (online unter <http://www.wahlergebnisse.nrw.de/kommunalwahlen/ab1946/index.html>; 23.12.2010).

⁷ In Zahlen: USA 2008 66,6 %, 2004 55,5 %, 2000 50,3 %, 1996 49,0 %.

⁸ Vgl. zum Folgenden Embacher 2009: 54 ff.

Einstellung zur Demokratie: Je stärker die Menschen betroffen sind, umso stärker droht auch ihr Vertrauen in die Demokratie zu erodieren.

Dabei gilt generell: Menschen aus einfachen Verhältnissen sind mit 60 % stärker von den Reformen betroffen als Angehörige der Mittelschicht oder höherer Schichten (jeweils 51 % bzw. 48 %). Doch weiß man nach den Hartz-Reformen mittlerweile auch bis in die obere Mittelschicht hinein, dass es einen „schnell erwischen“ kann, wenn man in Arbeitslosigkeit oder andere soziale Schieflagen gerät. Signifikant ist auch der Unterschied zwischen West- und Ostdeutschen. Während im Westen 53 % angeben, von den Reformen persönlich betroffen zu sein, sind es im Osten Deutschlands 67 %. Das dürfte schlicht daran liegen, dass die Zahl der von Erwerbslosigkeit Betroffenen und von staatlichen Transferleistungen Abhängigen in Ostdeutschland nach wie vor viel höher liegt als im Westen der Republik.

Schaut man sich die Bewertungen der Agenda-Reformen an, so fällt auf, dass es so gut wie niemanden gibt, der die „Agenda 2010“ „sehr positiv“ beurteilt. „Eher positiv“ wird sie von 7 % der Deutschen bewertet. Dann folgt die große graue Zone der ambivalent Gestimmten (39 %). Schließlich macht die Gruppe derjenigen, die den Reformprozess als negativ bzw. sehr negativ bewerten, den größten Part aus (54 %). Bei Menschen aus einfachen Verhältnissen sind es gar 60 % (Mittelschicht: 48 %, höhere Schichten: 37 %). Unter den Befragten aus Haushalten mit Hartz-IV-Empfängern liegt der Anteil der eher negativ oder sehr negativ Betroffenen sogar bei 83 %.

Diese Zahlen stehen in krassem Widerspruch zum offiziellen politischen Diskurs, in dem die Akteure nicht müde werden, die Alternativlosigkeit und Richtigkeit der Agenda-Reformen zu unterstreichen. Unabhängig davon, was zutreffend ist, bleibt hier nichts anderes übrig, als eine weitreichende Entfremdung der offiziellen Politik von den Einstellungen und Erwartungen eines signifikanten Teils der Bevölkerung festzustellen. Dementsprechend fallen auch die Antworten auf die Frage nach der Zukunft des Reformprozesses aus.

Die Mehrheit der Bundesbürgerinnen und -bürger (57 %) ist reformskeptisch eingestellt: 35 % sprechen sich für eine Reformpause aus, weitere 22 % fordern gar ein Rückgängigmachen der Reformen der letzten Jahre. Insgesamt 43 % sprechen sich für weitere Reformen aus, davon sind 37 % für ein moderateres Reformtempo, und nur 6 % möchten weitere Reformschritte „möglichst schnell durchgeführt“ sehen. Auch hier zeigt sich wieder das nun schon vertraute Muster: Befragte aus einfachen Verhältnissen sind eher reformskeptisch eingestellt (64 %) als Angehörige der Mittelschicht (51 %) oder höherer Schichten (46 %), obschon die Werte auch in diesen Gruppen erstaunlich hoch sind.

Der analytische Umweg über die Einstellungen zu den Agenda-Reformen ist deshalb lohnend, weil er zeigt, wie Sozialstaatlichkeit und Demokratie zusammengedacht werden müssen, wenn man Wahlabstinz und demokratischeskeptische Einstellungen verstehen will. Setzt man die normativen Erwartungen an Demokratie und die Einschätzung der realen Situation in Relation zueinander, dann wird die eingangs bereits genannte Diagnose deutlich, dass zwar die demokratischen Werte „in den Köpfen“ intakt sind, dass aber die reale Politik erhebliche Bedenken gegen die tatsächliche Demokratie auslöst.

Wenn man nach dem grundsätzlichen Verständnis von Demokratie fragt, dann nennen die meisten Menschen die bekannten Attribute: Freiheit, Gleichheit, freie Wahlen, Mitsprache- und Beteiligungsrechte, soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Volksherrschaft, Parlamentarismus, Wohlstand und soziale Sicherheit für alle usw.⁹ Bei der Aufzählung von Prioritäten dominiert eindeutig die Präferenz der Vorstellung von Demokratie als sozialer Demokratie. Gleichheit vor dem Gesetz, soziale Gerechtigkeit und gleiche Lebenschancen sind die Favoriten in der demokratischen Grundhaltung der Deutschen. Verkürzt gesagt entspricht diese Haltung dem, was mit dem Sozialstaatsgebot im Grundgesetz gemeint ist.¹⁰

Kontrastiert man nun diese weitgehend konsentierten demokratischen Grundhaltungen mit den Einschätzungen hinsichtlich der aktuellen Verhältnisse in Deutschland, wendet sich das Bild drastisch ins Pessimistische, wie die folgende Aufstellung zeigt.

Gegenüberstellungen von Erwartungen und Einschätzungen gegenüber zentralen Elementen der Demokratie¹¹

Die Demokratie macht aus, ...	Bedeutung des Wertes: „sehr wichtig“	Einschätzung der realen Verhältnisse: „trifft voll und ganz zu“
<i>... dass alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind.</i>	74 %	19 %
<i>... dass es sozial gerecht zugeht.</i>	67 %	12 %
<i>... dass jeder seine politischen Ansichten frei äußern kann.</i>	67 %	39 %
<i>... dass alle die Gesetze</i>	61 %	11 %

⁹ Vgl. Embacher 2009.

¹⁰ Art. 20 GG besagt: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“

¹¹ Vgl. Embacher 2009.

achten.

... dass alle Menschen gleiche Lebenschancen haben.	54 %	9 %
... dass die gewählten Politiker ihre Politik weitgehend an den Wünschen der Bürger ausrichten.	53 %	7 %
... dass regelmäßig freie und geheime Wahlen stattfinden.	53 %	53 %
... dass die Arbeitnehmer das Recht haben, für Arbeitsplätze und Lohnerhöhungen zu streiken.	52 %	34 %
... dass die Bürger politisch so informiert werden, dass sie sich an der Politik beteiligen können.	46 %	9 %
... dass die Arbeitnehmer in den Betrieben mitbestimmen können.	46 %	15 %
... dass eine starke Opposition die Regierung kontrolliert.	43 %	15 %
... dass die Rechte für Minderheiten gewährleistet sind.	40 %	14 %
... dass die Bürger sich für gesellschaftliche Belange einsetzen.	38 %	9 %
... dass sich Bürger politisch beteiligen.	36 %	9 %

Was an dieser Tabelle sofort auffällt, ist, dass es nur bei einem Punkt ein Gleichgewicht von Erwartung und Einschätzung gibt, nämlich beim Thema „freie und geheime Wahlen“. Bei allen anderen demokratischen Werten existiert durchgehend eine mehr oder weniger große Diskrepanz zwischen Erwartung und Einschätzung. Nun muss man freilich vorsichtig sein bei der Interpretation solcher Zahlen. Denn es liegt beinahe in der Natur der Sache, dass Menschen keine allzu hohe Meinung von der real existierenden Politik haben. Diese irrationale Abneigung gegen den Prozess des Politischen hat aber einen harten Realismusgesättigten Kern. Und so ist es mehr als eine statistische Auffälligkeit, dass zwar 67 % der Befragten soziale Gerechtigkeit für sehr wichtig halten, aber nur 12 % dieses Erfordernis der Demokratie für voll und ganz erfüllt ansehen. Ebenso eklatant ist die Differenz bei der Chancengleichheit, welche 54 % der Deutschen für sehr wichtig halten, die aber nur 9 % erfüllt sehen. 53 % glauben, dass es sehr wichtig ist, dass gewählte Mandatsträger ihre Politik nach den Wünschen derjenigen ausrichten, die sie repräsentieren. Doch nur 7 % sehen das in der Wirklichkeit als gegeben an. Und noch ein letztes nachdenklich stimmendes Beispiel: Nur 9 % glauben, dass die Bürgerinnen und Bürger politisch so informiert werden, wie das für eine sachgerechte Beteiligung am politischen Prozess nötig wäre, obschon 46 % das für sehr wichtig halten.

Vier markante Beispiele, vier aktuelle Krisenpunkte der Demokratie: soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Interessenvertretung durch Mandatsträger, adäquate politische Information. Das Vertrauen in die Stabilität dieser wichtigen Grundpfeiler des demokratischen Prozesses ist in Deutschland offensichtlich stark in Mitleidenschaft gezogen.

Dies ist der Hintergrund, vor dem die Skepsis hinsichtlich der Funktionsfähigkeit der Demokratie begrifflich wird: 37 % der Deutschen glauben, dass die Demokratie in Deutschland weniger gut oder schlecht funktioniert (6 % schlecht, 31 % weniger gut). Da kann es kaum beruhigen, dass 54 % glauben, die Demokratie funktioniere gut (54 %) oder sehr gut (6 %). In der aktuellen Situation scheint der jahrzehntelang sicher geglaubte demokratische Grundkonsens zumindest teilweise beschädigt zu sein. Es spricht einiges dafür, dass die Beurteilung der Funktionsfähigkeit des demokratischen Systems in engem Zusammenhang mit der Einschätzung seiner Fähigkeit steht, soziale Gerechtigkeit herzustellen. Der Zusammenhang zwischen dem Gefühl, ungerecht behandelt zu werden, und der Einschätzung der Funktionsfähigkeit der Demokratie liegt auf der Hand und lässt sich ebenfalls in Zahlen ausdrücken: Von denjenigen, die angeben, sich im Leben ungerecht behandelt zu fühlen, sind 60 % auch der Meinung, dass die Demokratie in Deutschland weniger gut bis schlecht funktioniere. Bei den Befragten, die sich eher gerecht behandelt fühlen, sind es immerhin „nur“ 28 %.

Des Weiteren sehen folgende Gruppen die demokratische Praxis mehrheitlich kritisch: Arbeitslose (73 %), Befragte aus Hartz-IV-Haushalten (63 %), Befragte aus Haushalten mit

einem Nettoeinkommen unter 700 Euro (60 %) sowie Nichtwähler (55 %). Bei diesen in besonderer Weise „reformbetroffenen Gruppen“ ist der eben beschriebene Zusammenhang ebenfalls deutlich ausgeprägt.

Besonders dramatisch ist die Situation auch in Ostdeutschland, wo 61 % (!) der Menschen der Ansicht sind, dass die Demokratie weniger gut bis schlecht funktioniert. Eine seriöse Analyse dieses Wertes darf sich nicht mit dem Hinweis auf 40 Jahre DDR-Regime und die fehlende Übung in Sachen Demokratie begnügen. Sie muss vielmehr zwingend diese ausgeprägte Skepsis in einen engen Zusammenhang mit den Wertpräferenzen und Erwartungen an demokratische Politik *als* soziale Politik einbinden, um überhaupt zu neuen Ansatzpunkten für mögliche Auswege gelangen zu können. Immerhin waren es ja die Bürgerinnen und Bürger der DDR selbst, die sich in einem gewaltlosen und revolutionären Prozess aus der „Diktatur des Proletariats“ befreit und aus eigener Kraft ein demokratisches System errichtet haben. Was ist also mit der demokratischen Emphase geschehen seit den Tagen des Mauerfalls 1989?

Zwei Drittel der Bundesbürgerinnen und -bürger stimmen der Aussage zu, dass sich die gesellschaftlichen Probleme in Deutschland auf demokratischem Weg lösen lassen. Aber 32 % sind gegensätzlicher Auffassung (26 % „stimme eher nicht zu“, 6 % „stimme überhaupt nicht zu“)! Besonders kritisch („stimme eher nicht zu“ oder „stimme überhaupt nicht zu“) sind hierbei Anhänger von Rechtsparteien (75 %), was sich noch leicht erklären lässt, ist doch diese Klientel grundsätzlich von antidemokratischen Affekten bestimmt. Für den hiesigen Zusammenhang aufschlussreicher ist der Umstand, dass von denjenigen, denen zufolge die Demokratie „weniger gut bis schlecht“ funktioniert, 63 % auch der Auffassung sind, dass sich gesellschaftliche Probleme nicht demokratisch lösen lassen. Auch potentielle Nichtwähler (zu 54 %) sowie Befragte, die sich im Leben „eher ungerecht behandelt“ fühlen (zu 52 %), sind dieser Auffassung.

Auch bei dieser Frage zeigt sich die Krise der Demokratie besonders ausgeprägt in Ostdeutschland. Hier sind 52 % der Bürgerinnen und Bürger der Ansicht, die Demokratie eigne sich nur schlecht zur Bewältigung gesellschaftlicher Probleme. Der Politikverdruss schlägt hier eindeutig in Demokratiedistanz um. Und diese Einschätzung findet ihre Bestätigung durch den Befund, dass 41 % der Ostdeutschen dem Satz „Eigentlich will ich die Demokratie, aber so, wie sie heute bei uns ist, habe ich damit nichts zu tun“ zustimmen bzw. 32 % sagen, dass sie dem Satz zwar nicht zustimmen, für die Aussage aber Verständnis haben (Deutschland gesamt: 25 % und 34 %).

Wenn 41 % der Menschen im Osten der Republik erklären, sie hätten mit der Demokratie, wie sie heute bei uns ist, nichts zu tun, und weitere 35 % diese Aussage zumindest nachvollziehen

können, dann ist das mehr als ein Alarmzeichen. Auch wenn die Fragestellung in gewisser Weise suggestiven Charakter hat – wenn man ohne den Vorsatz „Eigentlich will ich die Demokratie“ gefragt hätte, wäre es den Befragten vermutlich nicht so leichtgefallen, sich von der Demokratie zu distanzieren –, bleibt hier eigentlich nur festzustellen, dass die Deutschen in Ost und West auch 20 Jahre nach dem Ende der DDR offensichtlich noch nicht in derselben Republik angekommen sind. Aber auch im Westen sind es immerhin 21 % der Befragten, die der in der Frage formulierten These zustimmen, und weitere 35 %, die sie zumindest nachvollziehen können.

Schließlich: Zwar findet die große Mehrheit der Bundesbürgerinnen und -bürger (78 %), dass die deutsche Gesellschaftsordnung verteidigungswert ist (25 % vorbehaltlos, weitere 53 % mit Einschränkungen). Aber 22 % der Deutschen sind gegenteiliger Auffassung! In einigen gesellschaftlichen und politischen Gruppen ist sogar jeweils eine Mehrheit der Meinung, die Gesellschaftsordnung sei nicht verteidigungswert: Anhänger von Rechtsparteien (52 %), Befragte, denen zufolge die Demokratie „weniger gut“ bis „schlecht“ funktioniert (53 %), Arbeitslose (54 %), Befragte aus Hartz-IV-Haushalten (52 %). Ebenfalls häufig auf Distanz zur bundesdeutschen Gesellschaftsordnung gehen Arbeiter (37 %) und Befragte, die sich „im Leben eher ungerecht behandelt fühlen“ (45 %).

Abschließend sei festgehalten,

- dass es eine feste „kollektiv-mentale“ Verbindung zwischen Demokratie und sozialer Gerechtigkeit gibt;
- dass die Deutschen mehrheitlich klare Vorstellungen von einer gerechten demokratischen Ordnung haben und auch in der Lage sind, anhand dieses Maßstabs den Zustand der „real existierenden Demokratie“ in Deutschland zu beurteilen;
- dass die Einstellung zur Reformpolitik der letzten Jahre eindeutige stark negative Züge trägt und diese Politik einen erheblichen Vertrauensverlust für die Politik insgesamt und ihre Akteure bewirkt hat;
- dass mit dem Zerfall des Zusammenhangs von demokratischen Entscheidungen und sozialer Gerechtigkeit auch die Skepsis hinsichtlich der aktuellen Funktionsfähigkeit der Demokratie in Deutschland stark ausgeprägt ist;
- dass schließlich von einer signifikanten Minderheit die Demokratie in Frage gestellt wird.

3 – Wählertypen und Wahlverhalten heute

Um diese Befunde noch weiter zu qualifizieren, lässt sich das Verhalten von Wahlberechtigten angesichts einer Bundestagswahl (hier: Wahl im September 2009) ganz konkret beschreiben.¹²

Wie sieht also die Wählerlandschaft heute aus?

Jeder Zehnte beteiligt sich laut eigenem Bekunden grundsätzlich *nicht* an Bundestagswahlen. Diejenigen, die es doch tun oder wenigstens in Erwägung ziehen, teilt die Demoskopie in drei Lager:

- 26 % der Bundesbürger bezeichnen sich als überzeugte Parteianhänger, für die es kein langes Überlegen gibt. Überrepräsentiert sind hierbei Pensionäre (51 %), Anhänger der CDU/CSU (48 %), Anhänger der FDP (46 %), Anhänger der SPD (41 %), Angehörige höherer Schichten (39 %), einfache und qualifizierte Beamte (38 %), leitende Angestellte und Beamte (37 %), Selbstständige (37 %) und über 65-Jährige (36 %).
- 42 % treffen laut Eigenauskunft ihre Entscheidung, ob sie wählen gehen, und gegebenenfalls, welche Partei sie wählen, in den letzten Wochen vor der Wahl. Auffallend häufig darunter sind Hausfrauen (51 %), 35- bis 44-Jährige (47 %) und einfache bzw. qualifizierte Angestellte (47 %).
- Weitere 22 % treffen ihre Wahlentscheidung erst unmittelbar vor der Wahl oder auch erst am Wahltag selbst. Zu den „Last-Minute-Entscheidern bzw. -Wählern“ zählen besonders häufig Unsichere (41 %), unter 24-Jährige (33 %), Hartz-IV-Bezieher (30 %) und Arbeitslose (30 %).

Insgesamt konnten sich im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 47 % der Deutschen vorstellen, an dieser Wahl nicht teilzunehmen (tatsächlich waren es dann immerhin 29,2 % Abstinente).

Im Einzelnen differenzieren sich die großen „Lager“ in insgesamt zehn verschiedene Wähler- bzw. Nichtwählertypen:

Potentielle Wählertypen

- ⇒ Überzeugte Parteianhänger (11 %)
 - Männer
 - über 55 Jahre
 - Abitur/Studium
 - Bundestagswahl 2005: CDU/CSU

¹² Alle Zahlen sind wiederum Embacher 2009: 73 ff. entnommen.

- Wahlbeteiligung sicher: 93 %
- leitende Angestellte oder Beamte/Selbstständige

⇒ Unpolitische Parteianhänger (10 %)

- Frauen
- über 65 Jahre
- Hauptschule
- Bundestagswahl 2005: CDU/CSU oder SPD
- Wahlbeteiligung sicher: 90 %
- Mittelschicht

⇒ Überzeugte (flexible) Wähler (8 %)

- Männer
- Abitur/Studium
- Vollzeitbeschäftigte
- leitende Angestellte oder Beamte
- Wahlbeteiligung sicher: 76 %
- mindestens Mittelschicht

⇒ Unpolitische (flexible) Wähler (15 %)

- Frauen
- Angestellte
- Wahlbeteiligung sicher: 51 %

⇒ Last-Minute-Wähler (7 %)

- unter 25 Jahre
- Wahlbeteiligung sicher: 51 %
- Mittelschicht

Unsichere und potentielle Nichtwählertypen

⇒ Interessierte Unsichere (4 %)

- Männer
 - Westdeutsche
 - Mittelschicht
- ⇒ Unpolitische Unsichere (15 %)
- Frauen
 - Arbeiterschicht
- ⇒ Last-Minute-Entscheider (15 %)
- Frauen
 - unter 35 Jahre
 - Arbeiterschicht
- ⇒ Enttäuschte Parteianhänger (5 %)
- über 55 Jahre
 - Männer
 - Mittelschicht
- ⇒ Überzeugte Nichtwähler (8 %)
- Frauen
 - unter 25 Jahre
 - Ledige/Alleinstehende
 - Hauptschule
 - nicht erwerbstätig oder Arbeiter
 - Bundestagswahl 2005: nicht gewählt oder nicht wahlberechtigt
 - Unterschicht/Arbeiterschicht/untere Mittelschicht
 - Hartz-IV-Beziehende (18 %)

Man sieht, dass die Gemengelage extrem unübersichtlich ist. Die seit einigen Jahren sehr plausibel entwickelten Thesen zur Auflösung der klassischen Partei- und Wählermilieus bestätigen sich – auch in allen anderen Studien – voll und ganz. Sogar die Volksparteien SPD und CDU/CSU verfügen nur noch über ein festes Wählerpotential von höchstens 23 bzw. 24 %

und sind damit strukturell kaum noch mehrheitsfähig. Alles andere ist in Fluss geraten, wie die folgende Aufstellung zeigt.

Übersicht über die Wählerstruktur (Anfang 2008)¹³

Wahlverweigerer	7 %
Nichtwähler	10 %
Unsichere	31 % (dazu gehören jeweils 7 % verunsicherte CDU/CSU- oder SPD-Wähler)
Sonstige	2 %
Linke	5 %
FDP	6 %
Bündnis 90/Die Grünen	6 %
CDU/CSU-Randwähler	7 %
CDU/CSU-Kernwähler	10 %
SPD-Randwähler	8 %
SPD-Kernwähler	8 %

Diese tief gespaltene „Landschaft“ und die diffusen Neigungen zu dieser oder jener Wahlentscheidung sind aber keineswegs nur Ausdruck von problematischen Einstellungen zur Demokratie. Vielmehr sind sie eine logische Folge von gesellschaftlichen Ausdifferenzierungs- und Pluralisierungstendenzen. Wenn die Lebenswelten von Menschen sich immer feiner ausdifferenzieren und segmentieren, dann muss das zwangsläufig Auswirkungen auf ihre politischen Einstellungen und damit auch auf ihr Wahlverhalten haben. Insofern ist die Ausdifferenzierung von Wahlpräferenzen eine Konsequenz der weiter gehenden Liberalisierung und Pluralisierung der Gesellschaft. Freiheit erzeugt Vielfalt.

Das bedeutet für die politischen Akteure, dass sie sich im komplizierten und langwierigen Prozess der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung viel stärker als bislang auf Beteiligungs- und Diskursorientierung einstellen müssen. Die These hierzu lautet: *Nur eine deliberative*

¹³ Vgl. Embacher 2009: 77.

*(beratschlagende) Demokratie wird auf Dauer funktions- und überlebensfähig sein.*¹⁴ Denn die Auflösung der traditionellen Milieus und damit auch der festen Wahlpräferenzen führt über kurz oder lang dazu, dass der überwiegende Teil der Wählerinnen und Wähler nicht mehr automatisch eine bestimmte Partei wählt, sondern diejenige, von der er sich eine – und sei's aus egoistischen Motiven heraus – bessere Politik erhofft. Die politischen Parteien könnten ihren Beitrag zu einer stärkeren demokratischen Emphase dadurch leisten, dass sie – statt immer aufwändigere PR-Kampagnen zu entwerfen – wieder stärker auf die normativen Gehalte ihrer Politik, also auf politische Positionen, setzen. Alle Formen des „Durchregierens“ oder des Regierens als „Sozialtechnologie“ mit PR-Begleitung werden künftig immer weniger geeignet sein, gute Entscheidungen (im Sinne von „good governance“) zu treffen, und provozieren Abkehr vom politischen Prozess und Lähmung der demokratischen Emphase, ohne welche die Demokratie nicht zu überleben vermag.

4 – Andere Studien zu Demokratieeinstellungen

Ein Blick auf weitere einschlägige Untersuchungen der letzten Jahre belegt die beschriebenen Befunde. Dabei geht es häufig – wie auch in der vorliegenden Darstellung – sowohl um Phänomene wie sinkende Akzeptanz der „real existierenden Demokratie“ als auch um den Zusammenhang von Sozialstaatlichkeit und Demokratie.

Schon in Untersuchungen aus den 1990er Jahren findet sich die Feststellung, „daß die Stabilität eines demokratischen Institutionengefüges wesentlich davon abhängt, daß dieses mit den normativen Vorstellungen der Bürger übereinstimmt oder zumindest verträglich ist“ (Fuchs 1996: 2 f.). Auch hier zeigte sich schon, dass die meisten Menschen auf der normativ-idealtypischen Ebene weitgehend gleichlautende Vorstellungen von Demokratie haben. Sie verstehen unter Demokratie das, was auch theoretisch als die wichtigsten Merkmale von Demokratie gelten kann (siehe oben). Umso klarer variieren die Einstellungen zur realen Demokratie mit dem aktuellen Zustand des demokratischen Rechtsstaats: Wenn sich der Eindruck verfestigt, dass die demokratischen Institutionen nicht oder nicht in hinreichendem Maße ihre qua Grundgesetz festgelegte Funktion als Elemente einer sozialen Demokratie erfüllen, dann sinkt das Vertrauen in diese Institutionen und die Funktionstüchtigkeit der Demokratie.

Auffallend ist auch in den 1990er Jahren schon der Unterschied zwischen Ost und West, der sich vor allem dahingehend auswirkt, dass in den neuen Bundesländern der sozialen Gerechtigkeit eine größere Bedeutung zugemessen wird, als dies im Westen der Fall ist (vgl. Fuchs 1996). Die Idee, dass der Staat ganz wesentlich für sozialen Ausgleich zu sorgen habe, ist hier besonders

¹⁴ Vgl. dazu wiederum Embacher 2009.

stark im kollektiven Bewusstsein verankert. Die bis heute im Osten ungleich größere Demokratieskepsis weist darauf hin, dass sich diese Bewusstseinslage weitgehend erhalten hat.¹⁵

Zehn Jahre später – im Datenreport 2006 des Statistischen Bundesamtes – bestätigt sich der Befund. Auch hier ist der Zusammenhang eindeutig belegt: „Der Sozialstaat ist eine der Quellen der Legitimität der Demokratie in Deutschland“ (Statistisches Bundesamt 2006: 648). Die große Mehrheit der Deutschen ist der Ansicht, dass der demokratische Staat für soziale Absicherung bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter zuständig ist (Erhebungsjahr 2004: West = 82 % Zustimmung, Ost = 92 % Zustimmung). Allerdings erkennt man hier auch schon Abweichungstendenzen, die im nächsten Abschnitt noch von Bedeutung sein werden: Bei den Selbstständigen und Beamten gibt es – am stärksten im Westen – eine zunehmende Distanz zum Sozialstaat (vgl. ebd.: 648 f.). Bei dieser Gruppe vor allem in den westlichen Ländern sinkt die Zustimmung zum Sozialstaat seit vielen Jahren signifikant (Selbstständige 1991 – 83 %, 1994 – 74 %, 2000 – 75 %, 2004 – 66 %; Beamte 1991 – 90 %, 1994 – 84 %, 2000 – 77 %, 2004 – 67 %).¹⁶ Hier lassen sich deutlich Absetzbewegungen einer gesellschaftlichen „Elite“ vom sozialstaatlichen Grundkonsens feststellen (siehe. Abschnitt 5).

Auch Niedermayer und Stöss kommen in einer Untersuchung aus dem Jahr 2008 zu dem Ergebnis, dass die „Art der Einstellung zur Demokratie [...] deutlich von sozialen Ungerechtigkeits- und Benachteiligungsgefühlen ab[hängt]. Unter denjenigen, die unsere Gesellschaftsordnung eher für ungerecht halten bzw. sich in dieser Gesellschaft zu den Benachteiligten zählen bzw. sich als Verlierer der Wiedervereinigung betrachten, gibt es deutlich mehr Antidemokraten und deutlich weniger zufriedene Demokraten als unter denjenigen, die die Gesellschaftsordnung eher für gerecht halten bzw. sich zu den Bevorzugten zählen bzw. sich als Gewinner der Vereinigung betrachten“ (Niedermayer/Stöss 2008). Demokratiedistanz und Demokratieverdruss, so auch hier der eindeutige Befund, vergrößern sich, wenn der Glaube an die Fähigkeit der Demokratie zu Sozialstaatlichkeit und sozialem Ausgleich schwächer wird.

Schließlich lassen sich die skizzierten Tendenzen auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen wiederfinden. Die neueste Shell-Jugendstudie etwa zeigt, dass es in dieser Gruppe vor allem eine starke Diskrepanz zwischen den demokratischen Grundüberzeugungen und der Einstellung zur realen Politik und ihren Akteuren gibt (vgl. Schneekloth 2010). Und auch der Zusammenhang

¹⁵ Das relativiert im Übrigen auch die häufig flott formulierte Vermutung, „die Osis“ hätten eben Demokratie nicht gelernt oder nicht verstanden. Was dagegen offensichtlich gut verstanden wurde, ist, dass die mit Art. 20 GG auf Sozialstaatlichkeit verpflichtete freiheitliche Demokratie Schwierigkeiten hat, ihrem eigenen normativen Anspruch auf sozialen Ausgleich bzw. soziale Gerechtigkeit gerecht zu werden.

¹⁶ Dass ausgerechnet die Beamten, also diejenige Gruppe, die von einer umfassenden Absicherung der eigenen materiellen Existenz durch den Staat am meisten profitiert, an der Zuständigkeit des Staates für soziale Sicherheit zweifeln, ist ein bemerkenswerter Befund.

von Sozialstaatlichkeit und Demokratie lässt sich bei der jungen Generation wie schon bei den anderen Altersgruppen diagnostizieren (de Rijke et al. 2006).

Wie immer man nun die vorgestellten Befunde gewichten mag: Es kann keinen Zweifel daran geben, dass es einen signifikanten Zusammenhang zwischen der sozialen Situation und den Einstellungen zur „real existierenden Demokratie“ in Deutschland gibt und dass eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit der parlamentarischen Demokratie und der Politik der Parteien existiert – einer Politik, die trotz ihrer formal korrekten Verfahren zunehmend als beteiligungsunfreundliche Top-down-Politik wahrgenommen wird. Dabei gibt es – so die im folgenden, letzten Abschnitt diskutierte These – bezüglich der positiven Einstellungen zur Demokratie ein Abschmelzen von oben *und* von unten: Während das untere Fünftel bis Viertel der Bevölkerung zusehends zur Gruppe der Verlierer des umfassenden gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses und dabei auch von zunehmender Skepsis gegenüber der realen Demokratie und ihren Institutionen und Akteuren erfasst wird, beginnt eine kleine Gruppe an der Spitze der sozialen Pyramide damit, sich ebenfalls tendenziell vom Grundkonsens des demokratischen Gemeinwesens zu verabschieden.

5 – Abkopplung der gesellschaftlichen Eliten vom demokratischen Konsens?

Demokratiedistanz ist nicht nur bei der viel zitierten „Unterschicht“ zu beobachten, sondern erstreckt sich heute vielmehr bis in die Mittel- und Oberschicht der Gesellschaft. Ein genauere milieuspezifischer Blick offenbart, dass es jeweils ganz unterschiedliche Motive für Demokratiedistanz gibt: Es gibt nicht nur die Frustrierten, Exkludierten oder Überflüssigen (Bude 2006), die bezüglich einer (Wieder-)Herstellung sozialer Gerechtigkeit durch Demokratie die meisten Hoffnungen haben fahren lassen. Auch vom oberen Rand der Gesellschaft her gibt es zunehmend Zweifel an der Idee, dass ein akzeptabler Zustand des demokratischen Gemeinwesens vor allem von den Solidarbeiträgen der Starken abhängig ist und vor allem dass Solidarität *gerechterweise* erwartet werden darf. Bei der sogenannten gesellschaftlichen Elite¹⁷ aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien ist dagegen häufig eine von Distinktionsbedürfnis und Zynismus getragene negative „Erzählung“ über das demokratische Gemeinwesen zu vernehmen.

Heute lässt sich mit einigem Recht von einem Prozess der Entsolidarisierung der Gesellschaft sprechen, der etwa zur Folge hat, dass die „Eliten“ sich mit den Ausgegrenzten und Benachteiligten nicht mehr im selben Boot eines als Ganzes gedachten Gemeinwesens sehen,

¹⁷ Der Elitenbegriff ist sehr heterogen und kann hier nicht weiter diskutiert werden. Mit Elite ist im vorliegenden Zusammenhang allgemein das Soziotop der gut etablierten, überdurchschnittlich verdienenden, gesellschaftlich und politisch einflussreichen Avantgarden in Politik, Wirtschaft, Medien, Wissenschaft und Gesellschaft gemeint, also das, was mithin als „Positionselite“ bezeichnet wird. Zum Elitenbegriff vgl. grundlegend Hartmann 2002, Kaina 2002 und Münkler et al. 2006.

sondern vielmehr danach trachten, ihre eigene gesellschaftliche Position durch eine forcierte Leistungsideologie zu legitimieren. Vorschläge wie der des Karlsruher Philosophen Peter Sloterdijk, man solle alle Steuern abschaffen und den Sozialstaat auf der Basis freiwilliger Spenden finanzieren, zeugen – abgesehen von der postmodernen Ironie, die darin zum Ausdruck kommt – von einer „meritokratischen Wende“ in den Einstellungen der gesellschaftlichen „Elite“ zur sozialstaatlich geprägten Demokratie. Man verliert die Abhängigkeit der eigenen privilegierten Position von einem intakten demokratischen Gemeinwesen mit guter sozialer Infrastruktur zunehmend aus den Augen und gibt sich der Vorstellung hin, dass die eigene Position Ausdruck besonderer Talente und Leistungsfähigkeit sei.

Von da an ist es nur noch ein kleiner Schritt zur kollektiven Selbstvergewisserung des gehobenen Establishments, bei der dann die Stigmatisierung des Arbeitslosen, der nicht arbeiten will, oder des integrationsunwilligen „Ausländers“, der in die Sozialsysteme zuwandert und sie damit *unterwandert*, leichtes Spiel haben. Thilo Sarrazins Buch über die angeblich genetischen Ursachen für Integrationsunwilligkeit von Zuwanderern (Sarrazin 2010) konnte nur deshalb zum Bestseller und meistdiskutierten Buch des Jahres 2010 werden, weil es auf eine massenhaft vorhandene Bereitschaft zur Akzeptanz kruder biologistischer Thesen zur Rechtfertigung sozialer Ungleichheit stieß. Man darf nicht ohne Grund vermuten, dass es nicht die sogenannten bildungsfernen Schichten waren, die hier plötzlich und unerwartet zur Lektüre eines Buches griffen, sondern eher die Angehörigen des gesellschaftlichen Establishments, deren Distinktionsbedürfnis von Sarrazin ungeschminkt bedient wird.¹⁸

Die Annahme, es gebe für soziale Ungleichheit genetische bedingte Faktoren (statt politisch-ökonomischer oder sozialer Ursachen), die dann auch noch bestimmten Ethnien („Arabern“ und „Türken“) zugeordnet werden können, zeugt nicht nur von einem wirren naturwissenschaftlichen Grundverständnis, sondern – und darauf kommt es hier an – ermöglicht es den gesellschaftlichen „Positionseliten“, von der Idee der sozialen Bürgerrechte abzurücken und dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes ein gewichtiges Argument entgegenzuhalten: Da es Gruppen gibt, die *qua Veranlagung* nicht in der Lage sind, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen und ohne staatliche Sozialleistungen auszukommen, ist es nicht länger Aufgabe der Solidargemeinschaft, hier fördernd und stützend zu helfen. Die natürliche Überlegenheit der „Elite“ darf nun auch sozial ausgelebt werden, denn die Förderung der Benachteiligten muss nach dieser Ideologie vergeblich sein und ist darum verzichtbar.

¹⁸ Zum Distinktionsbedürfnis der gehobenen Schichten vgl. immer noch bahnbrechend Bourdieu 1982.



Es kann darum nicht verwundern, dass es seitens der „Eliten“ nur wenig Neigung gibt, energisch und mit persönlichem Engagement durch Reden und Handeln am sozialstaatlichen Konsens festzuhalten. Zwar sind die daraus resultierenden Affekte nicht offen antidemokratisch. Doch zerstört der elitäre Dünkel auf Dauer die für die Demokratie elementare Vorstellung von der Gleichheit aller Menschen. Insofern verdienen die Einstellungen der gesellschaftlichen „Eliten“ künftig ebensolche Aufmerksamkeit wie die jenes unteren Fünftels der Gesellschaft, das heute vom gesellschaftlichen Wohlstand weitgehend ausgeschlossen und *deshalb* skeptisch gegenüber der „real existierenden Demokratie“ ist. Wenn die Demokratie das mit ihr einhergehende soziale Versprechen nicht einzulösen vermag, verliert sie ihre Anhänger.

Literatur

Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main.

Bude, Heinz/Willisch, Andreas (Hrsg.) (2006): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg.

De Rijke, Johann et al. (2006): Wandel der Einstellungen junger Menschen zur Demokratie in West- und Ostdeutschland – Ideal, Zufriedenheit, Kritik. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Heft 3/2006, 335–352.

Embacher, Serge (2009): Demokratie! Nein danke? Demokratieverdross in Deutschland. Bonn.

Fuchs, Dieter (1996): Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? Die Entwicklung der Demokratievorstellungen der Deutschen seit ihrer Vereinigung. Veröffentlichung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). Berlin.

Geißler, Rainer (2010): Die Sozialstruktur Deutschlands. Aktuelle Entwicklungen und theoretische Erklärungsmodelle. Bonn (online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07619.pdf>).

Hartmann, Michael (2002): Der Mythos von den Leistungseliten. Frankfurt am Main/New York.

Kaina, Viktoria (2002): Elitenvertrauen und Demokratie. Wiesbaden.

Münkler, Herfried et al. (Hrsg.) (2006): Deutschlands Eliten im Wandel. Frankfurt am Main.

Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (2008): Berlin-Brandenburg-Bus 2008. Einstellungen zur Demokratie in Berlin und Brandenburg 2002–2008 sowie in Gesamtdeutschland 2008 (Handout für die Pressekonferenz der Deutschen Paul Lazarsfeld-Gesellschaft und des Otto-Stammer-Zentrums an der Freien Universität Berlin am 25. September 2008). Berlin.

Nullmeier, Frank (2010): Kritik neoliberaler Menschen- und Gesellschaftsbilder und Konsequenzen für ein neues Verständnis von „sozialer Gerechtigkeit“. Bonn (online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07649.pdf>).

Sarrazin, Thilo (2010): Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München.

Schneekloth, Ulrich (2010): Jugend und Politik. Aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.). Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. Frankfurt am Main, 129–164.



Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2006): Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. In Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen Mannheim (ZUMA). Bonn.